

Rainer Land

Lernen aus vertanen Chancen

Der ökologische Umbau und die wirtschaftlichen Perspektiven Ostdeutschlands

Typoskript des Beitrags:

Rainer Land: Lernen aus vertanen Chancen. Der ökologische Umbau und die wirtschaftlichen Perspektiven Ostdeutschlands. In: Jens Hartung, Irina Mohr, Franziska Richter (2015): 50 Jahre Deutsche Einheit. Weiter Denken – zusammen wachsen. J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn. ISBN 978-3-8012-0476-1

Die deutsche Einheit hat die gravierenden Probleme der DDR-Wirtschaft beseitigt, aber die Ziele, einen selbsttragenden Aufschwung und gleichwertige Lebensverhältnisse, nicht erreicht. Fragt man, ob das Wirtschaftsmodell der vereinigten Bundesrepublik insgesamt nachhaltig funktionsfähig und den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist, fällt die Antwort noch ungünstiger aus. Der Erfolg basiert auf Exportüberschüssen, die durch einen wachsenden Billiglohnssektor, durch Lohndumping und Verschuldung des Auslands erkaufte wurden, erzielt mit in der Masse nicht nachhaltig produzierten Exportgütern. Die Möglichkeit, weiterhin wirtschaftliche Erfolge durch Außenhandelsüberschüsse zu erreichen und Arbeitslosigkeit zu exportieren, ist durch die Grenzen der Verschuldungsfähigkeit ausländischer Käufer deutscher Produkte begrenzt, ebenso durch die Aufnahmefähigkeit der Finanzmärkte für die daraus abgeleiteten Schuldtitel und schließlich durch die Grenzen der Leidensfähigkeit der Bevölkerung in den Defizitländern.

Die Umstellung auf ökologische Industrie, Landwirtschaft, Infrastruktur und Konsum wurde, kaum begonnen, wieder zurückgedreht. Regionale und soziale Disparität und Segregation wachsen, der Anteil armer und auf Sozialtransfers angewiesener Menschen steigt, während sich ein Teil der Unternehmen und der Oberschicht so dumm und dusselig verdient haben, dass sie über einen Wandel nicht mehr nachdenken können. Neoliberalismus, Sozialabbau und „Reformen“ haben die vereinte Bundesrepublik in Bezug auf ihr wirtschaftliches Regulationssystem weniger zukunftsfähig werden lassen, als sie 1989 noch war. Daran ist zwar nicht Ostdeutschland schuld, aber Ostdeutschland ist Teil dieser Degeneration des Teilhabekapitalismus. Und die Verwerfungen im sozialen, ökologischen und wirtschaftsregulatorischen Bereich sind hier gravierender als im Westen. Nimmt man den notwendigen Umbruch zu einer innovativen, ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsweise zum Maßstab – eine Perspektive, die zumindest gedanklich auch 1990 schon zur Debatte stand und die durch die deutsche Vereinigung einen besonderen Schub hätte bekommen können – dann muss man von einem Scheitern reden.

Die Vereinigung Deutschlands fiel in die Zeit eines weitreichenden globalen Umbruchs der Moderne. Drei grundsätzliche Probleme waren zu lösen:¹

1. Der *globale* Übergang zu einer ökologischen Variante des Wirtschaftens. Im Zentrum der wirtschaftlichen Dynamik des fordistischen Teilhabekapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern (etwa 1938 bis 1972) stand die *Steigerung der Arbeitsproduktivität*, während die Ressourceneffizienz, der Naturverbrauch, die Menge an Energie, Rohstoffen, Abfällen, Abwasser, Emissionen etc. pro Produkt- bzw. Wertschöpfungseinheit, stagnierte bzw. deutlich langsamer anstieg als Produktivität und Produktionsmengen. Die Folge war ein mit dem wirtschaftlichen Wachs-

¹ Vgl. Ulrich Busch, Rainer Land: Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. BoD – Books on Demand, Norderstedt. 2013. Insb. Kapitel 1 und 2.

tum permanent steigender Verbrauch an Ressourcen, der irgendwann an Grenzen stoßen musste. Die zunehmenden Umweltprobleme, die Ölkrisen der 1970er Jahre und die damit verbundenen steigenden Kosten zeigten, dass dieses Regime wirtschaftlicher Entwicklung Grenzen erreichte. Dies galt noch mehr für den staatssozialistischen Fordismus, auch für die DDR, dessen Massenproduktion wegen geringerer innovativer Potenziale eine noch stärkere Umweltzerstörung als im Westen zur Folge gehabt hatte.

2. Das *Teilhabemodell* der westlichen Wirtschaftssysteme, das auf steigendem Masseneinkommen und wachsendem Konsum beruhte, funktionierte nicht mehr hinreichend. Die Einkommen lagen inzwischen für die Mehrheit der Arbeitenden deutlich über den Reproduktionskosten der Arbeitskraft; Einkommenssteigerungen allein waren kein hinreichendes Teilhabemodell mehr. Die seit den 1970er Jahren entstehenden neuen sozialen Bewegungen machten Teilhabe in der Arbeit, gute Arbeit, Mitbestimmung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Gesundheit, Kultur, Bildung, politische Mitgestaltung und weitere emanzipatorische Zielstellungen, sogenannte postmaterialistische Werte zu wichtigen Komponenten ihrer sozioökonomischen Identität. Die Integration der Arbeitenden in ein Kapitalverwertungssystem bedurfte einer neuen kulturellen, politischen und rechtlichen Grundlage.

3. Das Ende der internationalen Währungsordnung von Bretton Woods war Ausdruck einer grundlegenden Krise der Wirtschaftsregulierung. Das nach dem 2. Weltkrieg etablierte System der strengen staatlichen und internationalen Kontrolle des Kapitalverkehrs und der Währungen hatte die Kapitalverwertung in den Dienst realwirtschaftlicher Entwicklung gestellt. Aber seine politische Voraussetzung, die Hegemonie der USA in der Weltwirtschaft, erodierte seit die USA, statt Überschüsse verteilen zu können, ein doppeltes Defizit, ein Handelsbilanz- und ein Staatshaushaltsdefizit, managen mussten.

In dieses Krisenszenario fielen Stagnation und Niedergang der staatssozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die 1989/1990 schließlich politisch implodierten. Auf der Tagesordnung standen somit in den 1990er Jahren wenigstens vier globale Aufgaben: der *ökologische Umbau* der Industriegesellschaft, Konsum und Lebensweise eingeschlossen, die *qualitative Erweiterung des Teilhabemodells*, die *Revision und Überarbeitung des Regulationssystems* der Kapitalverwertung und eine weltwirtschaftlich abgesicherte *Entwicklungsperspektive für die ehemals staatssozialistischen Länder und die dritte Welt, die mit den ersten drei Aufgaben kompatibel ist.*²

Das zentrale Projekt, das alle diese Aufgaben hätte verbinden können, hätte der *Green New Deal* werden können, sofern er nicht allein technologisch, sondern als Wandel, als Überarbeitung des Wirtschafts- und Sozialmodells verstanden und umgesetzt worden wäre, Veränderung der Teilhabeformen und der Wirtschaftsregulation in einen ökologischen Umbau eingeschlossen worden wären. Für den Aufbau Ost hätte der Green New Deal gute Entwicklungschancen geboten.

Die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung bis 2015

In den ersten Jahren der deutschen Wiedervereinigung stand die grundsätzliche Frage, ob das wirtschaftliche Zusammenwachsen Teil eines progressiven Umbauprojekts der Industriegesellschaft werden sollte – also ein „Green New Deal“ auch der zentrale Punkt des Um- und Neubaus der ostdeutschen Wirtschaft werden könne – oder in Ostdeutschland die westdeutschen Vorlagen nur kopiert werden. Die Entscheidung für die „Kopie ohne Wenn und Aber“ entsprach sowohl den Vorstellungen der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung als auch dem, was die westdeutsche Bevölkerung bereit

² Rainer Land: Es gibt keine einfache Lösung. Die Umgestaltung der ostdeutschen Industrie im Kontext der globalen Krise moderner Wirtschafts- und Lebensweise. In: Schulz, Werner; Volmer, Ludger: Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Konzepte für die fünf neuen Länder. Ch. Links Verlag, Berlin 1992.

war zu akzeptieren. Auch die westdeutschen Wirtschafts- und Politikeliten waren in ihrer Mehrheit weder bereit noch fähig, die deutsche Einheit mit der notwendigen Überarbeitung des Wirtschafts- und Sozialmodells der Bundesrepublik zu verbinden. Es ging um eine Wirtschaft, die so sein sollte wie die westdeutsche, die das gleiche Niveau an Einkommen erreichen sollte und die sich selbst trägt. Dies galt, obwohl bereits 1990 klar war, dass das westliche und das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialmodell überarbeitungsbedürftig war.

Die Ergebnisse nach 25 Jahren zeigen, dass diese Ziele, Angleichung der Produktivität, der Einkommen und ein selbsttragender Aufschwung, nur teilweise (quantitativ zu etwa 75 %) erreicht wurden, vor allem aber wird offensichtlich, dass sie auf dem eingeschlagenen Pfad unerreichbar sind. Ostdeutschland holt nicht mehr auf, bestenfalls bleibt der Abstand erhalten, aber es ist nicht unmöglich, dass er wieder größer wird. Ein Anschluss an das Produktivitäts- und Einkommensniveau Westdeutschlands war durch Nachbau nicht zu erreichen.

Tabelle: Ökonomische Indikatoren für Ostdeutschland (ohne Berlin) 1989 bis 2013³

	1989	1991	2000	2008	2013
Bevölkerung in Millionen	15,2	14,4	13,9	13,1	12,7
Anteil an Deutschland in %	19,2	19,0	16,9	16,0	15,5
Erwerbstätige in Millionen	8,9	6,8	5,9	5,8	5,8
Anteil an Deutschland in %	22,7	17,6	15,1	14,4	13,7
BIP, jeweilige Preise, Mrd. €	187,2	107,3	234,6	289,1	300,1
Anteil an Deutschland in %	11,6	7,0	11,4	11,6	11,0
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen) in 1.000 €	21,1	15,8	39,7	50,0	51,7
Relation NBL/ABL in %	44,2	34,9	71,9	77,6	76,1
BIP je Einwohner in 1.000 €	12,2	7,3	16,9	22,1	23,6
Relation NBL/ABL in %	54,9	33,3	62,6	68,4	66,6
Investitionen in neue Aus-rüstungen je Einwohner in €	-	1.300	2.300	2.130	2.150*
Relation NBL/ABL in %	-	53	88	67	73

* 2011.

Die Tabelle zeigt den Verlauf des Aufholens anhand wichtiger Indikatoren. Der anfängliche Einbruch in den ersten Jahren, ausgelöst durch die infolge der Währungsunion eingetretenen Kostensteigerungen, führte zu dramatischen Beschäftigungsverlusten und dem Verschwinden vieler Betriebe. Aber schon Mitte der 1990er Jahre erreichte die Produktion wieder das Niveau von 1989, allerdings bei höherer Produktivität und daher mit deutlich geringeren Beschäftigtenzahlen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es echte Aufholeffekte, aber seit den 2000er Jahren muss man eine anhaltende Wachstumsschwäche konstatieren. Der Anteil am gesamtdeutschen BIP stagniert, die Produktivität verharrt bei etwa 75 % des westdeutschen Niveaus, die Investitionen, bezogen auf die Einwohnerzahl, machen nur noch 73 % der westdeutschen aus.

Das strukturelle Defizit und die daraus resultierende geringere Produktivität im Durchschnitt aller ostdeutschen Regionen kann im Rahmen einer Volkswirtschaft und des Verfassungsgebots gleichwertiger Lebensverhältnisse nur teilweise durch geringere Einkommen kompensiert werden. Die Einkommen sind mit 85 % zwar deutlich unter dem westdeutschen Niveau, aber der Produktivitätsrückstand ist mit nur ca. 75% des westdeutschen Produktivitätsniveaus noch größer. Der daraus resultie-

³ Quelle: Ulrich Busch: Ostdeutschland: Aufholen, ohne einzuholen. In: Busch, Ulrich; Thomas, Michael: 25 Jahre Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, trafo-Verlag Berlin 2015 (im Erscheinen).

rende Nachfrageüberhang bzw. die Produktionslücke, die Differenz zwischen Produktion und Verbrauch, beträgt immer noch knapp 20 % (2011) – auch dieser Wert wird sich in den kommenden Jahren kaum verändern.

Die Lücke zwischen Produktion und Verbrauch muss durch einen innerdeutschen *Warenstrom* von West nach Ost geschlossen und durch private und öffentliche *Transfers* finanziert werden: durch die Einkommenstransfers der Pendler, die Leistungen im Westen erbringen, dort Steuern und Abgaben zahlen, aber einen Teil ihres Einkommens im Osten ausgeben, durch die Transfers der Renten- und der anderen Sozialkassen und durch andere öffentliche Transfers, z.B. den Länderfinanzausgleich.

Ostdeutschland ist trotz wachsender Erträge dauerhaft auf diese Transfers angewiesen, weil es auf dem eingeschlagenen Entwicklungspfad nicht gelingen kann, den Produktivitätsabstand und die Produktionslücke zu schließen. Dies würde sich dann ändern, wenn die Karten im Rahmen eines tiefen Strukturumbruchs neu gemischt würden. Im Rahmen eines weitreichenden ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft würden bei der Umstellung auf Erneuerbare Energien, umweltkompatible Rohstoffe und Verfahren und geschlossene Stoffkreisläufe neue Branchen und Unternehmen entstehen, während alte verschwinden bzw. stark schrumpfen. Wenn es den ostdeutschen Akteuren in einem solchen Umbruchsszenario gelänge, bei einigen relevanten Entwicklungen die Nase vorn zu haben und innovative Schlüsselpositionen aufzubauen, könnte es gelingen, eigene selbsttragende Entwicklungen in Gang zu setzen. Damit könnten ostdeutsche Regionen den interregionalen Export neuer Produkte und Leistungen anheben und so die Produktionslücke schließen. Das ist nicht grundsätzlich unmöglich – auch Bayern wurde aus einem Transferempfänger zu einem Transfergeber.

Tatsächlich hat es seit Mitte der 1990er Jahre und insbesondere seit 2005 viele Versuche gegeben, mit dezentralen erneuerbaren Energien lokal eine neue und eigene wirtschaftliche Dynamik zu generieren. In Feldheim, Zschadras oder Bollewick haben sich Kommune, Bürger und Unternehmen zusammengetan, um eine dezentrale Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien aufzubauen, die die regionalen Kreisläufe stärkt, Wertschöpfung in den ländlichen Raum bringt und Einkommen vor Ort generiert. Die (Bio)EnergieDorf-Bewegung in Mecklenburg-Vorpommern⁴ zählte in ihren besten Zeiten über 100 Gemeinden, die hofften, man könne mit dezentralen Erneuerbaren Energien und dem darauf aufbauenden Stoffstrommanagement eine eigenständige wirtschaftliche Dynamik generieren und den ländlichen Raum schrittweise aus den Abwärtsspiralen und der Transferabhängigkeit herausführen. Man träumte von 5 Mrd. € Investitionsvolumen in den kommenden 10 Jahren. Innovative Ansätze dieser Art hätten durchaus komplementäre Entwicklungspfade generieren können, wenn auf die ersten Ansätze der systematische Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe auf der Basis von erneuerbaren Energien, neuen umweltkompatiblen Rohstoffen und geschlossenen Stoffkreisläufen gefolgt wäre. Die Energiewende als Auftakt eines komplexen ökologischen Erneuerungsprogramms hätte gerade in Ostdeutschland zu wirtschaftlichen Erfolgen führen und Anschluss an das westdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau bringen können. Zu den erforderlichen massiven Investitionen aber kam es nicht, es blieb bei wenigen Experimenten mit symbolischer Bedeutung.

Warum scheiterte ein komplementärer Entwicklungspfad?

Vor einigen Jahren konnte man noch mit guten Gründen hoffen, dass über die Energiewende der Einstieg in den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft gelingen könnte und dass dies zugleich der Angelpunkt beim Aufbau einer leistungsstarken ostdeutschen Wirtschaftsstruktur werden könn-

⁴ Materialien unter <http://www.nachhaltigkeitsforum.de/garten-der-metropolen/erneuerbare-energien/materialien/> 15.06.2015 9:00.

te.⁵ Ostdeutsche Länder, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, erzeugen schon heute mehr als die Hälfte ihres Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien, sie sind führend bei der Nutzung von Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse. Warum gelang es trotzdem nicht, an das westdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau anzuschließen?

Der Hauptgrund für die beschränkten wirtschaftlichen Effekte ist die *Fragmentierung* der wirtschaftlichen Entwicklung.⁶ Fragmentierung ist die *selektive* Herauslösung wirtschaftlicher Ressourcen aus ihrem lokalen oder regionalen Zusammenhang und ihre Integration in überregionale, ggf. globale Netzwerke und Kreisläufe. Sie hat in Ostdeutschland wesentlich zur Erosion der mit den erneuerbaren Energien verbundenen Hoffnungen und Chancen beigetragen. Die Windparks in Ostdeutschland sind ein herausragendes Beispiel dafür. Die Innovationspotenziale, das Kapital und das Management, die für die Erschließung und Nutzung der jeweiligen Ressourcen, hier der Windenergie, aufgebaut werden müssen, stammen nicht aus der betroffenen Region und die Steuerungszentralen der Unternehmen und Netzwerke liegen in der Regel nicht am Standort der jeweiligen Ressourcen. Die regionale Differenz zwischen windhöffigen Standorten und den Forschungs- und Entwicklungszentren des Maschinen- und Windkraftanlagenbaus sind der Ausgangspunkt der divergenten Wirkung, die die Erschließung der Windkraft für die peripheren Regionen mit sich bringt. Der Zugriff auf die Fläche und der Zugang zu Kapital, also Eigentumsfragen, sind die andere Ursache für Fragmentierungen. Die mit externem Know-how und fremdem Kapital errichteten Windparks produzieren „für die Welt“ und „für die Anleger“, nicht aber für die Bevölkerung am Standort des Windparks, die an der Nutzung dieser Ressourcen nicht beteiligt ist. Die Erlöse fallen ganz oder überwiegend anderswo an. Fragmentierung führt faktisch zu einem Ressourcen- und Gewinntransfer aus peripheren Regionen zu Gunsten der Kapitalgeber und der Akteure der überregionalen Netzwerke, die ihre Anker in den Metropolen und Global Cities haben. Das größte Problem dabei ist, dass fragmentiert genutzte Ressourcen nicht oder kaum zu Anschlussentwicklungen führen, also nicht zu einer dauerhaften Dynamik beitragen. Wenige profitieren noch von Flächenpachten, aber auch die Flächen werden zunehmend von überregionalen Akteuren, Fonds und Anlegern erworben. Und die Gewerbesteuern werden durch entsprechende Gestaltung der Planungskosten und den „verlustreichen“ Weiterverkauf der Anlagen, wenn sie in die Gewinnzone kommen, weitgehend vermieden. Der Mangel an Teilhabe und Mitbestimmung ist gesellschaftspolitisch die Hauptursache für den zunehmenden Widerstand von Bürgern gegen Windparks und Stromtrassen.

Woran ist der Green New Deal und damit auch ein mögliches gewichtiges Feld für eine komplementäre ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung gescheitert? Erstens an einer auf Exportüberschüsse bei klassischen Massenprodukten, Lohndumping und Austeritätspolitik orientierten Kapitalverwertungsstrategie, die die Umstellung auf eine ökologische Produktionsweise nur als Kostensteigerung und nicht als Chance für neue ökonomische Innovationsfelder wahrnimmt.

Zweitens an Interessen der Finanzmarktjongleure und der Investmentbanken, die eine investitionsorientierte und selektiv auf positive Umwelteffekte orientierte Regulierung des Investitionsgeschehens und des Kapitalverkehrs, der Kreditvergabe und der Finanzmärkte als Einschränkung ihrer Gewinnmöglichkeiten verhindern und damit auch eine gesellschaftlich rückgebundene gemeinschaftliche ökologische Investitionsstrategie.

Drittens schließlich am Interesse der Energiekonzerne, die vordergründig ihre vorhandenen Anlagen verwerten und hohe Gewinne damit machen wollen. Das Konzept einer auch dezentralen, auf die

⁵ Vgl. Benjamin Nölting, Michael Thomas, Rainer Land: Energie im Osten. Die Energiewende als Chance. In: Keppler, Dorothee; Nölting, Benjamin; Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Verlag Peter Lang Frankfurt a. M. 2011.

⁶ Vgl. Fragmentierung und Überleben. Berliner Debatte Initial 23(2012)1, insb. die Beiträge von Andreas Willisch, und Fred Scholz. Auch: Rainer Land: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte Initial 14(2003)6.

Stärkung regionaler Kreisläufe und lokaler Wertschöpfung orientierten Energiewende wurde 2014/2015 aufgegeben zu Gunsten einer Strategie, in deren Mittelpunkt Großkonzerne und Großinvestitionen stehen: Offshore Windparks, Stromautobahnen, Ausschreibungsverfahren, Quasi-Besteuerung des Eigenverbrauchs, komplizierte Regeln für die Direktvermarktung von Strom usw. Vielleicht gab es einen Deal, den Stromkonzernen als Ausgleich für verlorengegangene Gewinne im Bereich der Atomenergie die Erneuerbaren Energien als neues Investitionsfeld zuzuschancen und die Konkurrenz kostengünstiger lokal verankerter dezentraler Träger wenn nicht ganz auszuschalten, so doch stark zu behindern. Herman Scheer sprach noch davon, dass die Energiekonzerne die Verlierer der Energiewende wären.⁷ Inzwischen hat die Politik geschafft, sie zu Gewinnern der Energiewende zu machen.

Hinzu kommt viertens, dass das Scheitern des Green New Deal mit dem von Obama verbunden sein dürfte. Dieser vertrat das Green New Deal-Projekt im Wahlkampf und bei seinem Amtsantritt, sprach vom grünen „Post-Blasen-Kapitalismus“ als Projekt zur Restabilisierung und Definanzenzialisierung (Soltz 2013). Auch die grüne Bewegung in Deutschland verband mit Obama viele Hoffnungen⁸ und sie war umso enttäuschter, als sich stattdessen eine Renaissance der fossilen Energien auf der Basis von Fracking durchsetzte. Obama gelang es zwar zunächst, mit einem 787-Milliarden-Konjunkturprogramm die Kernschmelze des Finanzsystems zu bekämpfen, aber als „Umbaumaßnahme des Finanzmarktes zu einem Grünen Kapitalismus“ war es zu klein. Es reichte nicht, um die Krise am Arbeitsmarkt zu beheben und der Anteil an Anschubfinanzierungen für Grüne Technologie und Forschung war zu gering. Darüber hinaus war es nicht mit einer echten Konversionsperspektive verbunden, wie die (fehlenden) Auflagen bei der Teilverstaatlichung der US-Automobilindustrie erkennen lassen. Man hätte ja die Möglichkeit gehabt, in der verstaatlichten Autoindustrie deutliche Akzente in Richtung auf ein neuartiges grünes Mobilitätskonzept zu setzen. Schließlich fehlte Obamas grünem Post-Blasen-Kapitalismus die transformatorische Komponente: „Im Gegensatz zu Roosevelts New Deal – und seiner allgemeinen institutionellen Aufwertung der Gewerkschaften – führte es nicht zu einer Wiederbelebung des Arbeitsmarktes und der Commons durch eine solche Aufwertung und öffentliche Beschäftigungsprogramme; im Gegenteil, vor allem in Folge der US-Variante der neoliberalen Schuldenbremse auf Einzelstaatsebene kam es schon bei Einbruch der Krise zu einem versteckten Austeritätsprogramm als gegenläufige Tendenz zum Konjunkturprogramm und einem gesamtamerikanischen dramatischen Rückbau der öffentlichen Beschäftigten und einer entsprechenden Krise der Commons (insbesondere im Bereich der Bildung).“⁹

Das Konzept des Green New Deals und eines daran anschließenden komplementären Entwicklungspfad für Ostdeutschland passte nicht in das neoliberale wirtschaftliche und politische Umfeld der 1990er und 2000er Jahre. Der ökologische Umbau wurde zu klein, zu zögerlich und nicht massiv genug angegangen. Zwar gab es in den grünen Bewegungen, in Kommunen, kleinen und mittleren Unternehmen viele Akteure, die sich für einen ökologischen Umbau engagierten. Es entstanden Bioenergieidörfer, Energiegenossenschaften, Bürgerwindparks u. ä. Die großen Energiekonzerne, Politik und Finanzmarktakteure aber standen dagegen und die Politik hat sich nach anfänglicher Ambivalenz mit der Novelle des EEG 2014, vor allem aber mit der strikten Orientierung auf Austerität und Schuldenbremse, gegen eine offensive Strategie der Erneuerung des Kapitalismus durch seinen ökologischen Umbau entschieden.

⁷ Hermann Scheer: Energiewende international. Mit Hermann Scheer sprach Rainer Land (2009). In: Berliner Debatte Initial 20(2009)2.

⁸ Rainer Land: Transformationen des Kapitalismus, Roosevelt und Obama. In: Theater der Zeit, Arbeitsbuch 18 (2009), Welten Wenden. Rainer Land (2009): Die globale Energiewende als neues Paradigma wirtschaftlicher Entwicklung und die politische Agenda von Barack Obama. In Berliner Debatte Initial 20(2009)2.

⁹ Ingar Soltz: Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise. Argument Hamburg 2013.

Die Alternative: Ökologischer Umbau kreditfinanziert

In der Studie „Geschäftsmodell Energiewende“ des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik¹⁰ wurde dargestellt, wie ein vollständiger Umbau auf erneuerbare Energien ohne besondere Kostensteigerungen über Kreditschöpfung finanziert werden könnte. Der jährliche Investitionsaufwand von ca. 40 Mrd. würde sich nach ca. 15 Jahren beginnen zu refinanzieren. Nach ca. 25 bis 30 Jahren wären die aufgenommenen Kredite mit Zinsen zurückgeflossen.

Den Betrag könnte man ohne Weiteres verdoppeln, wenn man ein derartiges Investitionsprogramm auf weitere Felder des Green New Deal ausdehnt, etwa das Stoffstrommanagement, den Mobilitätssektor, die Substituierung gefährlicher, teurer oder kaum noch verfügbarer Rohstoffe, die Einführung umweltkompatibler Produkte und Verfahren. Und man könnte ein Vielfaches an Investitionen und Kreditschöpfung generieren, wenn man es nicht auf Deutschland beschränkt, sondern als EU-Programm umsetzt. Würde man ökologische Investitionen auch in den südlichen EU-Ländern massiv voranbringen, könnte man die deutschen Überschüsse sinnvoll recyceln. Dann böte der ökologische Umbau auch für die Länder Auswege aus der Schuldenfalle, die heute unter den Deindustrialisierungsfolgen der deutschen Exportüberschussstrategie leiden und sich verschulden müssen, nicht um Investitionen zu finanzieren, sondern um Banken und Finanzmarkthasardeure zu retten.

Mit einer Finanzierung des ökologischen Umbaus durch Kreditschöpfung würden keine zusätzlichen Schulden gemacht. Es würden nur die nicht nachhaltigen Schulden, die die Defizitländer derzeit im Außenhandel machen müssen, ersetzt durch Schulden für eine sinnvolle und nachhaltige Investitionsstrategie, deren Zukunftseffekte die Bedienung der emittierten Umwelt-Wertpapiere und die Rückzahlung der Kredite ermöglichen würden.

Die gemeinschaftliche Finanzierung eines EU-weiten ökologischen Umbaus entspräche auch den Vorschlägen, die Galbraith, Holland und Varoufakis¹¹ (2013) als „Bescheidenen Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“ veröffentlicht haben. Ihnen geht es zwar nicht um den *ökologischen* Umbau, sondern um Investitionen schlechthin, um ein Modell des sinnvollen Recyclens der Überschüsse – vor allem der deutschen – durch EU-weite Investitionen. Aber ein ökologisches Umbauprojekt mit starken sozialen und kulturellen Komponenten wäre genau der richtige Weg zur Reindustrialisierung des europäischen Südens und dem Abbau der Handelsbilanzdifferenzen. Die Außenhandelsbilanzüberschüsse, die derzeit spekulative Finanzanlagen aufblähen, würden in sinnvolle und nachhaltige Investitionen umgesetzt. Damit könnte der Binnenmarkt aus der Stagnation geführt werden. Die Europäische Investitionsbank könnte Wertpapiere emittieren, mit denen dieses Umbauprogramm finanziert würde, wie Galbraith, Holland und Varoufakis vorgeschlagen haben. Die Finanzierung der Energiewende und des ökologischen Umbaus durch ein europäisches Kreditprogramm wäre ein wesentlicher Betrag zur Überwindung der Finanzkrise, zur Rückbindung der Finanzmärkte an eine sachliche, realwirtschaftlich orientierte Investitionsstrategie. Zweckgebundene Wertpapiere der Europäischen Investitionsbank wären zudem eine sichere Anlagemöglichkeit für Rentenfonds und Sparer, die dafür wieder moderate Renditen bekämen – statt wie jetzt Nullzinsen oder hohe Risiken bei spekulativen Anlagen.

Ein konsequenter und massiver ökologischer Umbau der Industriegesellschaft wäre auch für Ostdeutschland die Chance, mit Innovationen aus der Stagnation heraus zu kommen.¹² Kann es in den

¹⁰ Norman Gerhardt, Fabian Sandau, Britta Zimmermann, Carsten Pape, Stefan Bofinger, Clemens Hoffmann: Geschäftsmodell Energiewende. Eine Antwort auf das „Die-Kosten-der-Energiewende“-Argument. Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, IWES, Kassel 2014.

¹¹ James K. Galbraith, Stuart Holland Yanis Varoufakis: Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. Kunstmann, München 2013.

¹² Vgl. Rainer Land (Hg.): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerks und Innovationsverbands Ostdeutschland-forschung. In: Berliner Debatte INITIAL 17(2006)5.

kommenden 25 Jahren eine Wende zum Besseren geben? Mit dem politischen Paradigmenwechsel der Jahre 2014 und 2015 ist diese Entwicklungsrichtung zumindest vorläufig verbaut. Stattdessen werden die Kosten der kleinen und schmal finanzierten Energiewende den Verbrauchern aufgebürdet. Alternativen, Vorschläge und Konzepte gibt es und auch Akteure eines ökologischen Umbaus mit starken dezentralen und partizipatorischen Komponenten sind zumindest im Ansatz vorhanden. Grundsätzlich könnte man versuchen, die ökologische Katastrophe noch abzuwenden, auch wenn man heute nicht wissen kann, ob die Zeit dazu reicht. Aber dies setzt voraus, die ökologische und die soziale Frage als zusammenhängend zu verstehen. Durch eine Regulierung der Finanzmärkte und ein öffentlich kontrolliertes kreditfinanziertes Investitionsprogramm müsste wieder eine auf Investitionen gerichtete Dynamik der Kapitalverwertung in Gang zu gesetzt werden. Ob eine hinreichend starke politische Bewegung die dafür erforderlichen Weichenstellungen politisch durchsetzen kann, ist derzeit nicht abzusehen.
